

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 36/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

38. Jahrgang / 76

21. April 1983

Robert Antretter MdB
würdigt Alex Möller zu
dessen 80. Geburtstag:
"... daß aus der Demokra-
tie ein Lebensprinzip
wird, das allen Gefähr-
dungen standhält".

Seite 1

Axel Wernitz MdB zeigt
Konsequenzen aus der
Entscheidung des Bundes-
verfassungsgerichts zur
Volkszählung auf: Nach-
denken und Vorklären.

Seite 4

Liesel Hartenstein MdB
sieht im Ausscheiden von
Staatssekretär Hartkopf
eine unpolitische
Zäsur: Der Umwelt-Staats-
sekretär geht!

Seite 6

Dokumentation

Dr. Wilhelm Bruns auf dem
Internationalen Karl-Marx-
Kongreß in Ost-Berlin:
Hier darf nie wieder ein
Krieg stattfinden!

Seite 8

Alex Möller zum 80. Geburtstag

"... daß aus der Demokratie ein Lebensprinzip wird, das
allen Gefährdungen standhält"

Von Robert Antretter MdB

Am 26. April vollendet Alex Möller sein 80. Lebensjahr. Schon eine knappe Aufzählung der Stationen dieses an Erfolgen und Ehrungen auf den verschiedensten Gebieten überreichen Lebens droht den Rahmen dieser Würdigung zu sprengen.

Alex Möller entstammt einem politisch engagierten Elternhaus. Zusammen mit seinem Vater wurde er 1922 Mitglied der SPD. Von 1928 bis 1933 vertrat er als SPD-Abgeordneter den Wahlkreis Halle-Merseburg im Preußischen Landtag. 1933 wurde er in "Schutzhaft" genommen, wie die Nazi-Machthaber es nannten, wenn sie Sozialdemokraten und Angehörige anderer Parteien abholt und eingesperrt haben.

Von 1946 bis 1961 gehörte er den Landesparlamenten in Stuttgart an, von 1950 bis 1961 als Fraktionsvorsitzender der SPD und Vorsitzender des Finanz- und Haushaltsausschusses des Landtags von Baden-Württemberg.

In dieser Zeit ging auch sein beruflicher Weg steil nach oben. Alex Möller wurde Vorstandsvorsitzender der Karlsruher Lebensversicherungs-AG. Sein erfolgreiches Wirken als Topmanager ebenso wie seine Solidarität und Prinzipientreue als Sozialdemokrat brachten ihm den zum "Markenzeichen" gewordenen Titel "Genosse Generaldirektor" ein.

Von 1961 bis 1976 gehörte Alex Möller dem Deutschen Bundestag an, die meiste Zeit als stellvertretender Fraktionsvorsitzender. Von 1969 bis 1971 war er Finanzminister der sozialliberalen Regierung Brandt/Scheel - der erste sozialdemokratische Finanzminister der Bundesrepublik Deutschland.



Von seinen wichtigen Parteiämtern seien nur die folgenden genannt: In den 60er Jahren Landesvorsitzender der SPD-Baden-Württemberg, von 1958 bis 1973 Mitglied des SPD-Parteivorstandes und in diesen Jahren Mitglied des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 1973 bis 1979 Vorsitzender der Kontrollkommission, seit 1980 Vorsitzender des Seniorenrats der SPD.

Kaum überschaubar ist die Zahl der Aktivitäten und Verpflichtungen, die Alex Möller zusätzlich übernahm, auch im "Ruhestand". Besondere politische Aufträge führten ihn zwischen 1971 und 1977 unter anderem nach den Vereinigten Staaten und Ägypten. 1980 war er Mitglied der Schiedskommission der Parteien für die Bundestagswahl.

Unter seinen zahlreichen Buchveröffentlichungen sind am bekanntesten: "Der Weg in die Zukunft" (1945), "Unruhige Zeiten" (1963; Reden und Aufsätze aus den Jahren 1945 bis 1963) sowie die Bestseller "Genosse Generaldirektor" (1978) und "Tatort Politik" (1982).

Seinem erfüllten Leben im Dienste anderer wurden zahlreiche Ehrungen zuteil. Er trägt die Titel eines Dr. Ing. E. h., Dr. h. c., eines Professors, Ehrensensors und Ehrenbürgers und ist Träger vieler in- und ausländischer Orden und Ehrenzeichen.

Weckt dieser Überblick Bewunderung, Erstaunen - oder erdrückt er vielleicht eher die Jüngeren, denen die Fülle eines solchen Lebens kaum vorstellbar scheint?

Nichts läge dem Jubilar ferner, als durch seine Lebensleistung passive Bewunderung oder etwa gar Resignation hervorrufen zu wollen. Als unbeirrbarer Vertreter der These, daß man aus der Geschichte und also auch aus dem Leben einzelner Menschen lernen kann und soll, würde er vielmehr auf die Punkte hinweisen, die ihm besonders wichtig und von Wert auch für die kommenden Generationen sind, weil diese daraus lernen können.

Dieser Beitrag soll versuchen, einige "Merkzeichen" zu setzen, die Alex Möller und sein Werk den Jüngeren nahebringen.

Wichtig für das Verständnis der Persönlichkeit von Alex Möller ist es, sich vor Augen zu halten, daß er in der Weimarer Zeit wurzelt: Dort empfing er seine entscheidenden politischen Eindrücke. Die Weimarer Erfahrungen und die tiefe Sorge, daß sich die Gründe für das Scheitern der Demokratie in Deutschland wiederholen könnten, wurden zum Leitmotiv für sein politisches Leben. Dabei schien ihm eine der wichtigsten Ursachen für den Untergang der Weimarer Republik und das Aufkommen des Nationalsozialismus die Inflation und die Art ihrer Bewältigung zu sein.

Nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus 1945 widmete sich Alex Möller neben seinem Manager-Beruf zunächst der Landespolitik, von der er sich auch später nur ungern löste. Er wirkte mitgestaltend beim Aufbau und bei der Konsolidierung des Südweststaates Baden-Württemberg, und nicht nur mitgestaltend: "Motor der Südweststaat-Idee" hat man ihn genannt.

Heute ist Alex Möller einer der letzten bedeutenden Politiker, die richtungweisend zur Gestaltung der deutschen Nachkriegsgeschichte beigetragen haben. Er brachte seine Weimarer und seine landespolitischen Erfahrungen in die Bundesrepublik ein und trug seit 1961 entscheidend dazu bei, die SPD auf die Regierungsübernahme vorzubereiten. Er war ein herausragender Architekt der Großen Koalition. Seine Konzeptionen und sein Verantwortungsbewußtsein wurden zum Maßstab für die Nachfolger. So bezeichnete er zum Beispiel die Politik, insbesondere die Finanzpolitik als Gemeinschaftsaufgabe mit dem Ziel der Sicherung des Gemeinwohls, wobei Stabilität und Reformen nicht voneinander zu trennen seien und die Inflation die größte Gefahr für die Demokratie und die Menschen in ihr darstelle. Sein Ziel war es, sozialdemokratische Reformen mit einem soliden längerfristigen Finanzplan zu verwirklichen und eine gerechte Steuerreform in die Wege zu leiten. Bleibende Leistungen auf diesem Wege sind unter anderem die Gemeindefinanzreform, die mittelfristige Finanzplanung und die Gestaltung des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes.

Als Höhepunkt seiner bundespolitischen Wirksamkeit kann Alex Möllers Zeit als Bundesfinanzminister von 1969 bis 1971 gelten, obwohl diese Tätigkeit nach nur zwei Jahren mit seinem Rücktritt endete. Das Bemühen des Bundesfinanzministers mußte dahin gehen,

den Haushalt nach den Erfordernissen einer antizyklischen Finanzpolitik zwischen dem Gebot der Preisstabilität und den Wünschen nach Reformen samt den dazugehörigen Ausgaben hindurchzusteuern. Als dies angesichts der Ressortwünsche beim Haushalt 1971 nicht realisierbar war, trat Alex Möller zurück, um ein "Signal der Besinnung" zu setzen, das zu Vernunft mahnte, und um nicht als "Inflationsminister" in die Geschichte einzugehen. Dieser Schritt bewahrte ihm seine Glaubwürdigkeit und seinen Ruf als "Anwalt finanzieller Solidarität", so daß sein weiteres finanzpolitisches Wirken stets von Vertrauen getragen war.

Sein Rücktritt konnte deshalb auch mit dem Kommentar versehen werden, er habe sich damit um das Vaterland verdient gemacht und gehandelt, wie es nur ein großer und unabhängiger Mann zu tun vermag.

Daß er nach diesem menschlich bewegenden Rücktritt seiner Fraktion mit unveränderter Treue, einzigartiger Selbstdisziplin und Würde weiterdiente, sicherte ihm Ansehen, Respekt und Dankbarkeit über die Partei hinaus.

Sein Verhältnis zur Politik und zu seiner eigenen Partei war immer gekennzeichnet durch Aufrichtigkeit, Gradlinigkeit und kritische Loyalität. Dieser souveräne Sozialdemokrat, der jedem Respekt abnötigt, konnte sagen: "Die Partei ist mir immer mehr wert gewesen als ein Recht haben gegen sie." Und er konnte seine Partei verpflichten durch seine Fähigkeit zum Kompromiß und dazu, auch in heißen Kontroversen nie den Kontakt zu den anderen Parteien abreißen zu lassen.

So ist Alex Möller auch heute noch durch seine Kompetenz wie durch seine Aktivität ein unentbehrlicher Ratgeber der Politik. Seine Persönlichkeit ist oft in Zusammenhang mit dem Begriff "Preußen" und "preußisch" gebracht worden. Freunde sprachen mit Bezug auf ihn vom "preußischen Erbe", nannten ihn einen "preußischen Sozialisten" und sein Leben ein "Leben des verwirklichten Preußentums". Damit war das "Preußische" im allerbesten Sinne von Pflichterfüllung und Korrektheit gemeint.

Die Berechtigung dieses Vergleichs wird durch Alex Möller selbst bestätigt. Er bekennt sich zu Schopenhauers Wort "Das Leben ist ein Pensum zum Abarbeiten" wie zu dem Goethewort "Die Tat ist alles, nichts der Ruhm". "Verantwortung" ist ein weiteres Schlüsselwort für ihn, die Verantwortung, die er für sich und andere tragen will als Zeichen der Verbindung von Demokratie und Eigenverantwortung. Dabei führt seine persönliche Integrität immer zu dem Bemühen, weniger populäre als seriöse Antworten zu finden.

So erfährt er die "Befriedigung und Bürde eines Daseins in öffentlicher Verantwortung", wie Willy Brandt in der Festschrift für Alex Möller 1968 formulierte.

Für sein Wirken gilt das Wort: "Der universelle Geist ist auch universell tätig". Eine kleine Auswahl der Probleme, zu denen er sich in den letzten Jahren als Ratgeber und Mahner äußerte, mag dies belegen.

Immer wieder weist er hin auf die Notwendigkeit des Schuldenabbaus und der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, wobei er gegen Steuersenkungen und für Beschränkungen der staatlichen Ausgaben plädiert, unter Hinweis auf die Ziele und Regelungen des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes. Deutlich warnt Alex Möller vor den Gefahren, die durch die weltwirtschaftlichen Probleme auf die Innenpolitik im Gefolge "magerer Jahre" zukommen könnten.

In der Wirtschaftspolitik müßten neue Prioritäten gesetzt werden, um nicht den Anschluß an die technologische Entwicklung zu versäumen. Dabei schätzt er die Technik nach wie vor als Fortschritt ein, sieht aber die Spannungen, die zwischen Technik und Freiheit bestehen, sowie die Gefahren der Rationalisierung. Denn: "Der Mensch steht immer vor der Maschine", er bleibt die "Zentralfigur".

Verwirklichen lassen sich solche Ziele, mit denen die Demokratie wegweisend gestaltet werden muß, nach seiner Überzeugung nicht mit bloßem Expertentum. Für ihn ist reines Sachwissen ohne politischen Verstand oder zumindest Instinkt eher belastend. Ähnlich verhält es sich dabei mit dem Parteienwettbewerb: Im Interesse der Demokratie muß dieser fair und problemorientiert bleiben, und die gesamtpolitische Verantwortung hat über dem Parteiegoismus zu stehen.

Mit diesen Gedanken ist eines der immer wiederkehrenden Anliegen von Alex Möller angesprochen, das auch heute jeder von uns zu seinem eigenen Anliegen machen sollte: Mithelfen, daß aus der Demokratie ein Lebensprinzip wird, das allen Gefährdungen standhält.

+ + +

(-/21.4.1983/ks/ca)

Nachdenken und Vorklären

Nach dem Karlsruher Urteilsspruch zur Volkszählung

Von Dr. Axel Wernitz MdB

Vorsitzender des Innenausschusses des Deutschen Bundestages

Die Aussetzung der Volkszählung '83 durch das Bundesverfassungsgericht hat verständlicherweise eine Vielzahl sehr unterschiedlicher Reaktionen ausgelöst. Nicht alles was da an ersten Erklärungen zu vernehmen war, wird ernstlich Bestand haben. So ist es sicher nicht haltbar, von einer "Niederlage des Staates" zu sprechen, wenn - wie hier geschehen - im Rahmen unseres Rechtsstaates vom Bürger vor dem zuständigen Gericht nach der Verfassungsmäßigkeit eines Gesetzes gefragt wird und das Bundesverfassungsgericht die Prüfungsbedürftigkeit von "Grundfragen des Schutzes grundrechtlicher Positionen des einzelnen als gemeinschaftsgebundene und gemeinschaftsbezogene Persönlichkeit" für das Hauptsacheverfahren bejaht. Ebensovienig kann von einem "Sieg" der Volkszählungsgegner oder gar der Boykotteure gesprochen werden.

Abgesehen von der umstrittenen Frage, für wen der Karlsruher Spruch Sieg oder Niederlage bedeutet, hat die "politische Schuldfrage" eine besondere Rolle gespielt. Und hier ist ohne Zweifel Bundesinnenminister Zimmermann mit seinem unmöglichen Versuch von einseitiger Schuldzuweisung an die ehemalige sozial-liberale Bundesregierung in peinlicher Weise aus der Rolle gefallen. Gerade er mußte inzwischen wissen, daß der von der damaligen Bundesregierung vorgelegte Entwurf eines Volkszählungsgesetzes schon im "normalen Gesetzgebungsverfahren" maßgeblich vom unionsgeführten Bundesrat mitgestaltet wurde. Dies gilt verstärkt für die Entscheidungen im Vermittlungsausschuß, wo sich der Bundesrat gegenüber der vom Bundestag ursprünglich beschlossenen Fassung praktisch in allen Punkten durchsetzte. Das durch den Vermittlungsausschuß gelaufene und vom Bundesrat und Bundestag angenommene Volkszählungsgesetz müssen sich damit alle beteiligten Parteien gleichermaßen zurechnen lassen. Alles andere wäre politisch unseriös und unglaubwürdig.

Das jetzt auf dem Karlsruher Prüfstand befindliche Volkszählungsgesetz '83 ist - das ergibt sich eindeutig aus den verschiedenen Gesetzgebungsverfahrensetappen - ein politischer Kompromiß gewesen. Dies gilt nicht nur in Bezug auf unterschiedliche Parteienpositionen, sondern auch in fachpolitischer Hinsicht, zum Beispiel Datenschutzforderungen, Forderungen von Staat, Kommunen, Wirtschaft und Wissenschaft. Hinzu kam die Notwendigkeit, die vorgetragenen beziehungsweise politisch vorgegebenen Positionen der Bundesländer zu berücksichtigen, wollte man nicht das Scheitern des Gesetzgebungsvorhabens von vornherein provozieren.

Der da und dort in Stellungnahmen beziehungsweise Kommentaren erweckte Eindruck, das Parlament habe hier ein Gesetz mit leichter Hand und ohne Sensibilität bearbeitet, ist sachlich falsch und für den nicht haltbar, der sich die Mühe macht, sich den Ablauf des Gesetzgebungsverfahrens genauer anzusehen. Die nächsten Monate bis zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts im Herbst dieses Jahres sollten parallel zu Karlsruhe von allen Verantwortlichen in Bund, Ländern und Gemeinden in Exekutive und Legislative genutzt werden, sachlich und offen über einige Fragen aus den Diskussionen der letzten Wochen nachzudenken und sie vorzuklären.



Das gilt zunächst einmal für die Frage des Abgleichs von Daten aus der Volkszählung mit den Melderegistern zum Zwecke ihrer Aktualisierung. Für die Länder und die Gemeinden war dies - insbesondere nach der Neuordnung des Melderechts mit dem neu eingeführten Hauptwohnungsbegriff - bisher eine unverzichtbare Forderung. Fällt dieser Abgleich nunmehr weg, wird die Systematik der Volkszählung an diesem Punkt zwar nicht durchbrochen, insbesondere für die Länder stellt sich dann aber die Frage, ob die entsprechenden Vorgaben des Melderechts für die Melderegister durch besondere Erhebungen mit allen auch datenschutzrechtlichen Konsequenzen erfüllt werden sollen oder ob man durch entsprechende Novellierungen auf den Hauptwohnungsbegriff wieder verzichtet. Die bisher in den Diskussionen nicht unwesentliche Kostenfrage bleibt hier freilich noch völlig außen vor.

Sicher wird auch die Frage eine Rolle spielen, ob man nicht auf eine umfassende Erhebung wie die bisherige Volkszählung verzichten kann. Statt dessen böte sich an - so wird argumentiert -, die erforderlichen an verschiedenen Stellen erhobenen und vorliegenden Daten zusammenzuführen. Dieser auf den ersten Blick vielleicht bestechende Gedanke hätte eine aus datenschutzrechtlichen und datenschutzpolitischen Gründen hochbrisante "Vernetzung" zur Folge. Dies könnte in der Tat auf Umwegen und durch die Hintertür den Weg zum "gläsernen Menschen" eröffnen. Daß dies in der öffentlichen Debatte als mögliche Alternative zur Volkszählung ernsthaft diskutiert wird zeigt, wieviel in der Datenschutzdiskussion noch aufzuarbeiten bleibt.

Für die Legislative ergibt sich aus der Umsetzung der Vorgaben des Volkszählungsgesetzes durch die Exekutive in Bund und Ländern, daß noch stärker als bisher diese Umsetzung von der Detailgestaltung von Fragebögen bis hin zu vorbereitenden Aufklärungsaktionen begleiten muß. Dabei darf nicht verkannt werden, daß es von der vorgegebenen Kompetenzverteilung her nicht angeht, die Legislative in eine Art Ersatzverwaltung zu verwandeln, die neben der Gesetzgebung künftig nicht nur bei der Vorbereitung der Volkszählung, sondern auch in allen anderen wichtigen Gesetzesprojekten die papier- und formularmäßige Umsetzung bis in die Einzelheiten mitzuvorführen hätte.

Der anstehende Fragenkatalog ließe sich noch erweitern und es ist gut, daß diese Debatte geführt wird, sei es nun in Parlamenten, in der Innenministerkonferenz oder in zahlreichen öffentlichen Veranstaltungen. Zu warnen ist allerdings vor den Vorschlägen jener, die dazu raten, vor der Karlsruher Entscheidung neue Fakten, insbesondere in der Gesetzgebung, zu schaffen. Dies käme einem vordergründigen Aktionismus sehr nahe. Die Auseinandersetzungen um die Volkszählung und das dabei wieder einmal sichtbar gewordene Potential an Angst, Mißtrauen und Vorbehalten gegenüber "dem Staat" schlechthin muß alle verantwortlichen Politiker nachdenklich und besorgt stimmen - und niemand soll sich täuschen: Dies kann bei entsprechenden anderen Anlässen und neuen Gesetzgebungsvorhaben erneut aufbrechen. So gesehen geht es in der Tat um mehr als nur die Akzeptanz der Bevölkerung zum Volkszählungsgesetz. Die vom Verfassungsgericht verfügte Pause zum Nachdenken bietet auch in diesem Punkt allen Beteiligten eine Chance.

(-/21.4.1983/ks/ca)

+ + +



Der Umwelt-Staatssekretär geht!

Das Ausscheiden von Staatssekretär Dr. Hartkopf markiert eine umweltpolitische Zäsur

Von Dr. Liesel Hartenstein MdB

Mit dem Regierungswechsel am 1. Oktober 1982 ist auch die Epoche sozialliberaler Umweltpolitik zu Ende gegangen. Trotz aller gegenteiligen Beteuerungen des neuen Bundesinnenministers Zimmermann, in der Umweltpolitik werde die Kontinuität gewahrt, ja, Umweltschutz müsse künftig sogar zu den vorrangigen Politikbereichen gehören, setzte schon die unverzügliche Entlassung (Oktober 1982) des engagierten Leiters der Abteilung U, des Ministerialdirektors Peter Menke-Glückert (FDP), ein bedenkliches Zeichen.

Nunmehr hat der beamtete Staatssekretär Dr. Günter Hartkopf (FDP) auf eigenen Wunsch den Abschied aus dem Dienst erhalten. Hartkopf ist der dienstälteste Staatssekretär der Bundesregierung überhaupt. Mit ihm verabschieden sich 13 Jahre sozialliberaler Umweltpolitik, die entscheidend auch von den freidemokratischen Innenministern mit geprägt worden war. Ganz offensichtlich kann es dem jetzigen CSU-Innenminister nicht darum gehen, eine Umweltpolitik fortzubetreiben, in denen ökologische Vorstellungen im Sinne des früheren sozialliberalen Bündnisses noch einen Platz haben. Wie sonst wäre es zu verstehen, daß der Minister ausgerechnet auf die Repräsentanten, die in seinem Hause diese Politik verkörpert haben, verzichten zu können glaubt. Lücken, wie sie hier gerissen wurden, sind kaum zu schließen. Da ist die Frage mehr als berechtigt, ob man sie überhaupt schließen will. Wende, aber wohin?

Die sozialliberale Regierung Brandt/Scheel hat den Umweltschutz, von dem vorher kaum die Rede war, als neues eigenständiges Politikfeld entdeckt und ernst genommen. In mühsamer Arbeit wurde mit dem Abtragen einer riesigen Hypothek begonnen, die sich in 20 Jahren durch ein Wirtschaften ohne Rücksicht auf die Umwelt angehäuft hatte. Dr. Hartkopf war an dieser Arbeit von Anfang an maßgeblich beteiligt.

Bereits 1970 legte die im Herbst 1969 neugewählte sozialliberale Bundesregierung ein Sofortprogramm für den Umweltschutz vor und bildete einen Kabinettsausschuß für Umweltfragen, in dem alle mit diesem Fragenkreis befaßten Ressorts vertreten waren. Noch 1971 wurden im Bundestag das Fluglärmgesetz und das Benzinbleigesetz verabschiedet, 1972 folgten das Abfallbeseitigungsgesetz und das Verbot des DDT, 1974 das Bundesimmissionsschutzgesetz, 1975 das Waschmittelgesetz und das Abfallwirtschaftsprogramm, 1976 das Bundesnaturschutzgesetz und das Abwasserabgabengesetz, 1980 das Chemikaliengesetz - um nur die allerwichtigsten Etappen zu nennen.

Hinzu kamen die Berufung des Sachverständigenrates für Umweltfragen, der 1978 bereits sein 2. Umweltgutachten vorlegte, und die Schaffung des Umweltbundesamtes - beides Einrichtungen, ohne deren wissenschaftliche Grundlagenarbeit moderne Umweltpolitik undenkbar wäre.

Zur Bewältigung dieser immensen Aufgaben war ein gutes Zusammenspiel von Parlament und Regierung und ein ständiges Bemühen um Ausgleich zwischen Bund und Ländern, kommunalen Spitzenverbänden, Wirtschaft, Gewerkschaften, Umweltverbänden erforderlich. Dazu brauchte der für dieses Gebiet verantwortliche Staatssekretär ebensoviel Sachverstand wie Engagement, ebensoviel Überblick wie Urteilsvermögen, ebensoviel Verhandlungsgeschick wie Hartnäckigkeit, wenn es um die Erreichung dieser als notwendig erkannten Ziele ging.

Das erfolgreiche Wirken von Dr. Hartkopf zeigt, daß er alle diese Fähigkeiten in hohem Maße besessen hat.



Das Umweltprogramm vom Oktober 1971, das die drei wichtigen Prinzipien -Verursacherprinzip, Vorsorgeprinzip und Kooperationsprinzip - fest schrieb, und das für ein ganzes Jahrzehnt fortschrittlicher Umweltpolitik als Leitlinie diente, verrät ebenfalls in vielen Passagen seine Handschrift. So heißt es zum Beispiel in der Einleitung: "Die Bundesregierung ist der Überzeugung, daß Umweltpolitik den gleichen Rang hat wie andere große öffentliche Aufgaben, zum Beispiel soziale Sicherheit, Bildungspolitik oder innere und äußere Sicherheit."

Fortschrittliche Umweltpolitik kann sich nicht darauf beschränken, auf bereits eingetretene Schäden zu reagieren; ihr Ziel muß sein, daß die unerwünschten Nebenwirkungen unserer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen rechtzeitig erkannt und durch weit vorausschauende Umweltplanung vermieden werden."

Diese Sätze haben heute noch nichts von ihrer Gültigkeit verloren - im Gegenteil, sie sind auch Auftrag für die 80er Jahre. Umweltvorsorge muß mehr denn je im Vordergrund stehen.

Der Weggang von Dr. Hartkopf kennzeichnet den eingetretenen Bruch in der Umweltpolitik in unübersehbarer Weise. Und dies geschieht exakt in einem Moment, wo deutlich wird, daß wir trotz der Fülle der bereits geleisteten Arbeit noch einen langen Weg vor uns haben, und daß mit zunehmendem Tempo immer neue Probleme auf uns zukommen. Ich nenne nur das alarmierende Waldsterben oder die Verseuchung der Böden mit Schwermetallen oder die bedrohliche Nordseeverschmutzung. Die internationale Umweltpolitik wird immer wichtiger, insbesondere auch die EG-Umweltpolitik, denn Schmutz und Gift machen nicht an den nationalen Grenzen halt. Die europaweite Irrfahrt der Seveso-Giftfässer hat uns das in diesen Tagen wieder drastisch vor Augen geführt.

Seit 1. Januar 1983 hat die Bundesregierung die Präsidentschaft im EG-Ministerrat inne. Vier Monate sind bereits verstrichen, ohne daß umweltpolitisch das geringste geschehen wäre: Weder die EG-Richtlinie zur Umweltverträglichkeitsprüfung noch die EG-Grundsatzrichtlinie zur Luftreinhaltung wurde einen einzigen Schritt weitergebracht. Die Regierung Kohl/Zimmermann schiebt alles vor sich her.

Die Personalpolitik im Hause Zimmermann sagt mehr darüber aus, welchen Stellenwert die Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen für diese Regierung hat, als die Sonntagsreden des Ministers. Die Methode des Bremsens und Abblockens kann unserer Umwelt nur zum Schaden gereichen.

Dem scheidenden Umwelt-Staatssekretär gebührt unser Dank für seine Verdienste
(-/21.4.1983/ks/ca)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N

Dr. Wilhelm Bruns, Abteilungsleiter am Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, hat auf dem Ost-Berliner Internationalen Karl-Marx-Kongreß folgenden Rede-Beitrag eingebracht:

Hier darf nie wieder ein Krieg stattfinden!

Auf Vorschlag des Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Willy Brandt, nehmen wir von der Friedrich-Ebert-Stiftung an dieser wichtigen Konferenz teil. Wir bedanken uns für die Einladung und für die Möglichkeit, hier zu sprechen.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung befaßt sich seit einigen Jahren verstärkt auch wissenschaftlich mit Problemen der internationalen Sicherheit und Abrüstung. Damit räumen wir zentralen Fragen unserer Existenz eine entsprechende Rolle ein. Dabei gehen wir davon aus, daß Rüstungskontrolle und Abrüstung nicht nur notwendig, sondern auch möglich sind und daß ideologische Unterschiede, die bleiben und nicht geleugnet werden dürfen, den Fragen der Sicherheit untergeordnet bleiben müssen, wie das die von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands geführte Politik der Entspannung in den zurückliegenden Jahren erreicht und praktiziert hat.

Bei unseren Forschungsarbeiten und Problemlösungsvorschlägen in diesem Bereich sind wir uns bewußt, daß dem Verhältnis zwischen den USA und der Sowjetunion entscheidende Bedeutung zukommt. Dem tragen wir zum Beispiel Rechnung durch unsere europäisch-amerikanischen Sicherheitskonferenzen (bislang jeweils mit dem Bundeskanzler Helmut Schmidt und dem Vorsitzenden der SPD, Willy Brandt), von denen die vierte dieser Art im Juni dieses Jahres in Bonn stattfinden wird.

Mit der Sowjetunion haben wir im Oktober letzten Jahres eine erste Sicherheitskonferenz mit hochrangiger Beteiligung und, wie ich meine, mit guten Ergebnissen veranstaltet. Auch das wollen wir fortsetzen.

Bei aller Bedeutung und Verantwortung, die die beiden Großmächte für die Sicherheit der Welt, aber auch ihrer Verbündeten haben, sollte auch die Frage erörtert werden, welchen Handlungsspielraum und welche Möglichkeiten die nichtatomaren Staaten auf der Grundlage ihrer Bündniszugehörigkeit haben. Das herauszufinden ist auch Aufgabe der beiden deutschen Staaten.

Dabei bleibt für uns auch in der Zukunft richtunggebend das Kommuniqué nach dem Treffen zwischen dem damaligen Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Helmut Schmidt, und dem Vorsitzenden des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik und Generalsekretärs des ZK der SED, Erich Honecker, daß von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen darf. Man müßte hinzufügen: Hier darf nie wieder ein Krieg stattfinden - weder konventionell, noch nuklear!

Der Grundlagenvertrag zwischen unseren beiden Staaten, der seit nunmehr zehn Jahren in Kraft ist, enthält in Artikel 5 die Bereitschaftserklärung, "die Bemühungen um eine Verminderung der Streitkräfte und Rüstungen in Europa zu unterstützen", wobei dadurch "Nachteile für die Sicherheit der Beteiligten" nicht entstehen dürfen. Zu verweisen ist hier auch auf die Konsultationsvereinbarung, die im Zusammenhang mit dem Grundlagenvertrag getroffen wurde. Die Möglichkeiten sind hier bei weitem noch nicht genutzt.

Es muß erwartet werden, daß auch nach dem Regierungswechsel in Bonn, der am 6. März 1983 bestätigt wurde, Gesichtspunkte der gemeinsamen Sicherheit der beiden deutschen Staaten praktische Politik werden, denn sie, die beiden deutschen Staaten, wären von einem Fehlschlag, der Sicherheitspolitik zuerst und existentiell betroffen. Daß wir "im Untergang vereint wären", kann keine akzeptable Perspektive sein.

Wir wissen, daß durch immer mehr Rüstung unsere Sicherheit nicht erhöht wird. "Seit langem versuchen die Staaten ihre Sicherheit durch Waffenbesitz zu erhalten", heißt es anklagend in der Schlußerklärung der ersten UNO-Sondergeneralversammlung über Abrüstung im Jahre 1978.



Rüstung und Sicherheit wurden und werden häufig so dargestellt, als handelte es sich um zwei voneinander abhängige Größen. Die Prämisse, die einer solchen Vorstellung zugrunde liegt: Die sogenannte nationale Sicherheit steigt in dem Maße, in dem gerüstet wird. Das Ergebnis dieses Ansatzes, man könnte auch sagen, dieses Irrtums, sehen wir.

Wir sind uns hier wahrscheinlich darüber einig, daß die Gefahren heute größer sind als vor einigen Jahren. Wir stehen daher heute vor der dringlichen Aufgabe, vom Konfrontationsdenken wegzukommen, ein Klima des Vertrauens herzustellen, um damit Voraussetzungen für Abrüstung zu schaffen.

Es würde hier zu weit führen, wollte ich auf die Fragen der Ursachen des Wettrüstens eingehen. Immerhin scheint so viel klar zu sein, dies zeigen auch unsere Forschungen, daß bei der Frage nach den Gründen für die Verschärfung der Situation zuerst nicht die Waffen selbst verantwortlich sind, sondern ein Konfrontationsdenken, das seinen Ausdruck in der traditionellen Strategie der Stärke durch immer mehr Waffen findet.

Wir brauchen jetzt eine Sicherheitspolitik, gerade in und für Europa, die an die Aufgaben nicht konfrontativ, sondern kooperativ herangeht.

Wenn die Deutsche Demokratische Republik - wie die Bundesrepublik Deutschland - die Vorstellung der gemeinsamen Sicherheit akzeptieren würde, dann könnte aus der Mitte Europas eine Idee hervorgehen, die nicht nur für diese beiden Staaten eine gute Perspektive eröffnen könnte. Für eine solche Perspektive könnte man die Überschrift "Partnerschaft zur Sicherheit" gebrauchen. Der Grundgedanke ist einfach formuliert, wenngleich schwer in die Praxis umzusetzen: Sicherheit ist nicht gegeneinander, sondern nur miteinander erreichbar. Nicht im Gegeneinander, sondern nur zusammen werden die Staaten der beiden Bündnissysteme mehr Sicherheit erreichen.

Eine Partnerschaft, eine Sicherheitspartnerschaft, die ermöglicht, die Rüstungsspirale anzuhalten, Gleichgewichte zu vereinbaren, die Einführung neuer Waffensysteme zu verhindern, Abrüstungsvereinbarungen zu treffen und durch Vereinbarungen die Notwendigkeit der Abschreckung abzubauen. Eine solche Politik, die es noch nicht gibt, könnte jene Kräfte freisetzen, die erforderlich sind, um die großen Aufgaben der Menschheit anzupacken: Hunger und Unterentwicklung zu überwinden, und das ökologische Gleichgewicht unseres gemeinsamen Lebensraumes Erde herzustellen.

Der Rahmen der Sicherheitspolitik und eines Versuches über Partnerschaft zur Sicherheit, zum Frieden zu kommen, reicht weiter als SS 20, Cruise Missiles und Pershing II. Er reicht deshalb auch weiter als das, was gegenwärtig von uns - mit Hoffnungen und Erwartungen begleitet - in Genf zwischen den USA und der Sowjetunion verhandelt wird. Wobei nach unserer Vorstellung diese Verhandlungen mit dem Ziel geführt werden müssen, sowjetische eurostrategische Raketen abzubauen, um die Einführung neuer eurostrategischer Mittelstreckenwaffen der Vereinigten Staaten überflüssig zu machen.

In jüngster Zeit sind Möglichkeiten von atomwaffenfreien Zonen in Europa diskutiert worden, wie auch der Vorschlag einer chemiewaffenfreien Zone, zunächst für die Staaten, die in Wien am Tisch sitzen. Dies wären wichtige Schritte, die auf dem Verhandlungswege erörtert werden müßten.

Wenn Politik nicht nur die Kunst des Möglichen ist, allein beruhend auf guten Absichten und Inspirationen der Regierenden, sondern auch von wissenschaftlichen Expertisen abhängig ist, so heißt dies: Sicherheits- und Abrüstungspolitik bedarf einer sie vorbereitenden und kontinuierlich begleitenden Friedens- und Abrüstungsforschung. Wir haben dazu Arbeiten vorgelegt und werden auch künftig im Rahmen unserer Möglichkeiten unseren Beitrag leisten. Damit komme ich zum Schluß meiner Anmerkungen zur Friedensfrage.

Die Zukunft liegt darin, aus der Erkenntnis Politik zu machen, daß im Atomzeitalter keiner mehr siegen kann. Deshalb muß der Friede als oberste Priorität gesichert werden, damit die Geschichte ohne Gefahr entscheiden kann, welches System das bessere ist.

(-/21.4.1983/Ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

